

Die neue Bibliothek vor dem Hürdenlauf

Bibliotheksneubau am St. Galler Blumenmarkt: Für politische Mehrheiten in Stadt und Kanton braucht es noch viel Überzeugungsarbeit.

Marcel Elsener

Aufbruchstimmung mit einem Bibliotheksneubau in der St. Galler Altstadt, der Ende dieses Jahrzehnts zum wichtigsten Bildungs- und Begegnungsort der Stadt- und Kantonsbevölkerung werden soll? Schon möglich, aber die Freude über das vor Wochenfrist vorgestellte Siegerprojekt des Berliner Architekturbüros von Volker Staab hält sich in Grenzen. Nicht, weil das in Fachkreisen hochgelobte Projekt nicht überzeugen würde. Sondern, weil die ablehnenden Stimmen zum Standort und Nutzen des Projekts am lautesten zu hören waren: Die SVP und die Jungfreisinnigen lehnen den «überflüssigen Neubau» grundsätzlich ab, der FDP-Stadtparlamentarier Remo Daguti protestiert jeweils freitags gegen den Verlust privatwirtschaftlicher Büroräume an zentraler Lage für eine staatliche Dauernutzung; die Umwandlung des Uniongebäudes sei «Sinnbild einer fatalen Entwicklung».

Realisierung wird eine «Herkulesaufgabe»

Mit Widerstand werde man rechnen müssen, wissen die Bauverantwortlichen des Kantons, Bauchefin Susanne Hartmann und Kantonsbaumeister Michael Fischer. Die Bibliotheksvorlage sei «kein Selbstläufer», die Realisierung eine «Herkulesaufgabe». «Wir sind vom Projekt und vom Standort einer Public Library überzeugt und werden alles daran setzen, die Politik und die Bevölkerung dafür zu gewinnen», sagt Susanne Hartmann, die den Lenkungsausschuss präsidiert. Nun gelte es, die Fragen der politischen und betrieblichen Abläufe, der Kosten und der architektonischen Nachbesserungen (vor allem punkto Nachhaltigkeit) zu klären. Zudem seien bessere Visualisierungen gefragt, meint Fischer, die vorhandenen Bilder entsprächen nicht dem Ausdrück der Freude über das formidable Siegerprojekt.

Bis zum politischen Prozess ist es noch ein weiter Weg, doch



Blick aus dem Uniongebäude auf den Blumenmarkt, wo der Neubau der Bibliothek geplant ist.

Bild: Urs Bucher

wartet eine erste Hürde im Herbst, wenn es um den Kredit der Stadt für die Vorprojektierung geht. Weil die Kosten die Finanzkompetenz des Stadtrates überschreiten (300'000 Franken für eine einmalige Investitionsausgabe), müssen sie dem Stadtparlament vorgelegt werden; auf Kantonsebene ist dies aufgrund höherer Finanzkompetenzen der Regierung nicht nötig. Zwar wird eine kritische Debatte erwartet, doch dürfte das Stadtparlament grossmehrheitlich zustimmen.

Kritik aber auch positive Signale aus den Fraktionen

Abgesehen vom Nein der kantonalen SVP zeigen erste Reaktionen aus Politik und Bevölkerung, dass die Kosten und der Standort strittige Punkte sind. Manchen erscheint die Hauptpost als bessere Option, wie etwa die Reaktion des Stadt-

bloggers und GLP-Stadtparlamentariers Marcel Baur zeigt, der von einer «deutlich günstigeren» Variante schreibt. Aus Sicht des Kantons längst eine müssige Frage, weil für die Bibliothek dann ein «Provisorium» nötig wäre und die Hauptpost für andere Nutzungen geeigneter erscheint, wie Kantonsbaumeister Fischer erklärt. Zudem kämen nötige Gesamtanierung und Umbau des 110-jährigen Postgebäudes nicht auf die früher geschätzten 90 oder 100 Millionen, sondern eher auf 120 Millionen Franken zu stehen; die damaligen Kaufkosten von 29 Millionen nicht eingerechnet. Jedoch ist das Preisschild für das «Union» noch nicht bekannt.

Aufgrund vieler offener Fragen bis zum Vorprojekt sei es für politische Positionsbezüge noch viel zu früh, heisst es aus den Fraktionen beider Parlamente.

Entscheidend dürften die Haltungen von FDP und CVP sein, die gemeinsam mit der SVP den Bibliotheksneubau 2010 aus Spargründen zurückgestellt hatten. Daraufhin pochte eine von über 10 000 Personen unterzeichnete Bibliotheks-Initiative auf das Anliegen und sorgte für das 2012 beschlossene Gesetz zur Förderung des Bibliothekswesens im Kanton samt Schaffung einer Publikumsbibliothek in der Hauptstadt. Im Gegensatz zur zurückhaltenden FDP, die sich immerhin vom Vorpreschen ihrer Jungpartei distanzierte, signalisierte CVP-Fraktionschef Boris Tschirky schon mal Unterstützung für den «richtigen und wichtigen Neubau», wie er im SRF-Regionaljournal sagte.

Eine wichtige Rolle im politischen Prozess und speziell im Abstimmungskampf 2024 spielen die beiden Bibliotheksvereine Pro Vadiana und Pro Stadtbibliothek, die für die gemeinsame Zentralbibliothek an einem Strang ziehen.

Während in der Stadtpolitik bereits eine IG Pro Neue Bibliothek mit Vertretern sämtlicher Fraktionen lanciert wurde, plane man den ersten Auftritt im Kantonsrat an der November-session, sagt FDP-Stadtparlamentarier Karl Schimke, der als Mitglied des Initiativkomitees und Pro-Stadtbibliothek-Präsident seit 2011 Feuer und Flamme für eine Public Library ist. Zusammen mit seiner früheren FDP-Fraktionskollegin Jennifer Deuel, die Pro Vadiana präsidiert, verspricht der Amerikaner in beiden Parlamenten einen «soft push» für das Projekt. Und im Hinblick auf die Volksabstimmungen in Stadt und Kanton formieren die Vereine ein Patro-

Bibliotheksvereine mit FDP-Spitzen in der Pflicht

Die Hürden für das Projekt sieht Schimke «eher im Kanton»: Die Bevölkerung in den Landregionen vom «offenen Ort einer weit ausstrahlenden Public Library» zu überzeugen, werde «ein hartes Stück Arbeit». Die Fronten erinnern frappant an die Bauvorlage für die Theateranierung von 2018: Damals formierte sich ein Nein-Komitee von SVP (die das Referendum ergriffen hatte), JSVP und JFDP gegen den 49-Millionen-Kredit. Derweil engagierten sich im Ja-Komitee CVP, FDP, SP, BDP, EVP, GLP, Grüne sowie zwei SVP-Kantonsräte. Zum Theater sagten 62 Prozent der St. Galler Stimmbevölkerung Ja: Ob die städtische Zentralbibliothek ähnlich erfolgreich ins Land hinaus strahlt, ist schwer abzuschätzen.

natskomitee mit Polit- und Kulturpersönlichkeiten. «Selbstverständlich haben wir da auch unsere Bundesrätin Karin Keller-Sutter und die Ständeräte Paul Rechsteiner und Beni Würth auf dem Radar.»

Vor der Wahl zum Vereinspräsidenten 2020 betonte Schimke, dass man die Bevölkerung «schonend auf das Ende des Provisoriums» vorbereiten müsse, «das den meisten ans Herz gewachsen ist». Im Gegensatz zum ringförmigen Postgebäude mit schwierigen Strukturen ermögliche der Neubau eine «komplett andere Grosszügigkeit für eine einladende Begegnungsstätte», die im digitalen Zeitalter «erst recht» wichtiger werde, schwärmt Schimke. Die Kritik seines Fraktionskollegen Daguti hält er für berechtigt, wo es um den fehlenden Motor eines «Business Center» gehe. Er deutet an, dass der Kanton in seinem Immobilienmanagement für Bauten in der Hauptstadt gefordert ist. Die Regierung täte gut daran, den viel zitierten Dominoeffekt, den ein Bibliotheksneubau am Blumenmarkt auslösen würde, klarer zu benennen, sprich die künftigen Nutzungen der Hauptpost und der Bahnhofsbrache zwischen Fachhochschule und Lokremise zu planen.

Respekt hier, Missstände dort

Thurgauer Bauern sind daran interessiert, dass die Saisoniers immer wieder in ihre Betriebe zurückkehren.

Zahlreich kommen sie jedes Jahr in die Bodenseeregion – meist aus Osteuropa. Die Erntehelfer arbeiten hierzulande bis zu 55 Stunden pro Woche. Sie erhoffen sich eine bessere Entlohnung als zu Hause in Polen oder Rumänien. Dass sie mit der Erntearbeit nicht unbedingt das grosse Glück finden, zeigt ein Blick ans nördliche Bodenseeufer. Anfang Juni hatten sich georgische Erntehelfer über unwürdige Bedingungen auf einem Hof in Friedrichshafen beklagt, auf dem sie als Erdbeerpflücker im Einsatz waren. In sozialen Medien veröffentlichten sie Videos, die vermuten lassen, dass die 24

Erntehelferinnen und Erntehelfer in beengten und maroden Unterkünften einquartiert waren.

Zurück auf die Schweizer Seite des Bodensees: Im Thurgau arbeiten laut Angaben des kantonalen Migrationsamtes jedes Jahr zwischen Frühling und Herbst rund 1400 Saisoniers aus dem Ausland als Erntehelfer in der Landwirtschaft. Missstände wie in Deutschland seien ihm hier nicht bekannt, sagt Daniel Vetterli. Der Rheinklinger SVP-Kantonsrat ist Co-Präsident des Verbands Thurgauer Landwirtschaft und sagt über die Erntehelfer: «Wir sind schliesslich auf

sie angewiesen.» Und beim Salar müsse man sich an den Mindestlohn halten. Dieser beträgt für die landwirtschaftlichen Saisonarbeiter in der Schweiz brutto 3300 Franken pro Monat oder 15 Franken pro Stunde bei 220 Stunden im Monat. In Deutschland beträgt der Mindestlohn 9.60 Euro pro Stunde.

Wenn in Bezug auf die Erntehelfer etwas zur Debatte stehe, sei es vor allem die 55-Stunden-Woche, sagt Vetterli. Von Mängeln an Unterkünften ist ihm nichts bekannt. Teilweise seien die Arbeiter in Containern untergebracht, andere in Wohnungen, welche die Landwirte gemietet

haben. Die Organisation der Unterkünfte sei eine Herausforderung, sagt Vetterli. «Das muss jeder Betrieb für sich lösen.» Weder von Produzenten noch von



Manuel Strupler, Präsident Thurgauer Gemüseproduzenten.

Bild: Donato Caspari

Arbeitern hat Manuel Strupler Meldungen über unwürdige Bedingungen für Erntehelfer erhalten. Der SVP-Nationalrat und Präsident der Thurgauer Gemüseproduzenten sagt aber: «Die Arbeit auf dem Feld ist hart, das schleckt keine Geiss weg.» Die Betriebe seien aber daran interessiert, dass sie jedes Jahr wieder auf die etwa gleichen Leute zählen können, nur schon wegen der Erfahrung und Sprachkenntnis. «Deshalb schauen die Bauern auch dafür, dass die Erntehelfer anständig behandelt werden.» Schwarze Schafe gebe es in jeder Branche, sagt Strupler. Die Landwirtschaft wird aber stark kont-

rolliert. Dass die Bedingungen stimmen, kontrolliert im Thurgau das Arbeitsinspektorat des kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA). Sie habe keine Kenntnisse von aktuellen Verstössen, sagt Regula Marti, Leiterin Kommunikation beim AWA. In einer grossflächigen Arbeitsmarktbeobachtung von 2018 bis 2019 habe man gegenseitigen Respekt zwischen Bauern und Gastarbeitern feststellen können. Das Inspektorat werde in der Regel aktiv, wenn ein Verdacht vorliege oder Anschuldigungen geäussert werden.

Roman Scherrer